

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

259 (6.11.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.20 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postfach: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2, 1 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2, 9 Uhr. Spätere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2, 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2, 7 Uhr.

Nr. 259. Erstes Blatt. Karlsruhe, Dienstag den 6. November 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Die bevorstehenden Wahlen in Amerika.

Man sähre uns aus New-York unterm 5. Oktober:

Die diesjährigen Wahlen am 6. November haben, weil gleichzeitig die Neuwahlen zum Repräsentantenhaus vorgenommen werden, für Deutschland ein besonderes Interesse. Hängt doch von ihrem Ausgang die Änderung des derzeitigen amerikanischen Wahlrechts ab und im Zusammenhang damit teilweise die Neugestaltung der Handelsvertragsverhältnisse bzw. der Abschluß eines neuen Handelsvertrags zwischen den beiden Ländern an Stelle des gegenwärtigen kurzfristigen Protokolls ab. Der Ausgang der Wahl ist also für Deutschland und namentlich für seine Exportindustrie und deren Arbeiter von ganz eminenter Bedeutung und deshalb auch die Frage: Wie sind die Wahlsichten? Soweit sich momentan die Situation überblicken läßt, sind die Chancen der Parteikandidaten, die eine Ermäßigung der jetzigen hohen Zölle befeuern, und deshalb als Vertragsvorteile bezeichnet werden können, keine günstigen. Im letzten Repräsentantenhaus hatten die Republikaner 249 von 396 Sitzen, die Demokraten nur 112, befanden sich also in einer hoffnungslosen Minorität. Im allgemeinen sind die Republikaner eifrige Befürworter der Hochzölle. Am jetzigen Tarif wollen sie nicht gerührt haben, höchstens verstehen sie sich zur Herabsetzung einzelner Positionen, bei denen die Erhöhung der Einkünfte im Interesse der nationalen Arbeit allzu innerfällig ist. Indessen wurde es in letzter Zeit selbst von der beiderseitigen Tarifkommission im republikanischen Lager recht viele für eine Anzahl Parteikonventionen, wie z. B. in den Staaten New York, Ohio und Pennsylvania, erklärte sich direkt gegen jede Tarifierung. Damit fänden die Ansichten für eine einseitige Herabsetzung der Zölle auf importierte Fabrikate und für den Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrags ein beachtliches. Nur erlitten die Republikaner bei den städtischen Wahlen im Staate Maine. — In Maine werden die Wahlen früher denn in den anderen Staaten der Union vollzogen — eine starke Stimmeneinheit, so daß die Demokraten, deren Vertreter mit Ausnahme weniger Konservativisten Gegner der hohen Zölle und Freunde von Handelsverträgen sind, ziemlich sicher um einen Zuwachs an Mandatanten rechnen kann, aber eine demokratische Majorität im nächsten Kongress ist ausgeschlossen.

Im Wahlkampf kommen den Republikanern die ermittelte Unwissenheit der Wähler in Bezug auf politische und wirtschaftliche Fragen überaus und deren Unentscheidbarkeit sehr zu nützen. Daß die Amerikaner im Fakt heine erkennen, daß sie vor lauter Prosperität das Leben kaum noch tragen können, daß — man sollte es kaum für möglich halten — die Ernten dank der republikanischen Regierung während der letzten Jahre stets gute waren — diese und ähnliche Weisheiten der republikanischen Redner, Wahlpropheten und Zehnungsartikel finden nämlich bei den Wählermassen leider immer noch Glauben. Daß die hohen Zölle die Industrie lähmen und deren Entlassung zu ihrer jetzigen Größe ermöglicht, wird wohlwiegend verschwiegen.

Die Tariffrage spielt im gegenwärtigen Wahlkampf die Hauptrolle. Um sie und um den ungeliebten Einfluß, welche die Monopolvereinigungen und die großen Finanzinstitute (Korporationen) auf die Regierung und Wahlpolitik ausüben, dreht sich hauptsächlich der Kampf. Und die Demokratie, die mit dem Ruf „Wieder mit den Zölle!“ ins Feld zog, hätte in diesem Zeichen wahrnehmlich gesiegt, wenn ihre Weihen nicht durch schwere innere Kämpfe zerfallen. Die Ursachen dieser inneren Zerwürfungen sind rein wirtschaftlicher Natur. In der Demokratie hatten sich die heterogensten Elemente zusammengefunden. Die feste Stütze der Partei bildet das Kleinbürgertum der Städte, zu dem seit dem Verfall der Populistbewegung ein Teil der Bauern gestoßen ist. Beide Klassen unter dem immer stärker werdenden Druck der Zölle: jenes wird von der Konkurrenz der Zölle aus dem Land gedrückt und völlig ruiniert und diese sind in Bezug auf den Verkauf ihres Wechs und ihrer Landprodukte den Zölle und den mit diesen verbundenen Wahngesellschaften in die Hand gegeben. Sie können wie bei den Kaufleuten überhaupt nicht verstehen, daß die Zölle mit den Zölle!“

Aber je mehr sich die Demokratie auf den Kampf gegen die Zölle versteift, umso verfahrenfester werden die Trustmagnaten und Großkapitalisten, desto mehr die Demokratie, so namentlich im Staate New York, eine schwere Wunde hat und die bisher als die Mittel für Wahlfeldzüge geliefert. Nur das die Parteivirren und das Mißbehagen der Demokraten gegen die vorwärtsdringenden Truste nicht erst neueren Datums, aber auf die Sache erst, als William J. Bryan, der zweimal demokratische Präsidentschaftskandidat war, und bei der nächsten Präsidentschaftswahl wieder aufgestellt werden wird, nach der Wahl die Parteivirren von seiner Bekräftigung der Demokratie bezeichnete. Im Zusammenhang mit dem republikanischen Wählerstand, daß die republikanischen Wähler des Landes und namentlich die republikanischen Zeitungen der Distrikte sich gegen Bryan und dessen Programm wandten. Und es immer es dem großkapitalistischen Flügel nicht

gelang, ihm angenehme und „sichere“ Kandidaten — außer Kongressleuten sind Richter, Gouverneure und andere Beamte zu erwählen — aufzustellen, da hielten (aufsehen) die Truste. So im Staate New-York. Hier wurde der bekannte Herausgeber eines Duigen Sensationsblätter, William Randolph Hearst, von der demokratischen Partei als Gouverneurskandidat nominiert, nachdem ihn kurz vorher die von ihm gegründete Unabhängigkeitsliga auf den Schild erhoben. Hearst, ein viel-facher Millionär, glebt den Anschein eines Mannes, der den Draußen Trust tödtet und den über-mächtigen Einfluß der Korporationen bricht, sobald er als Erwählter des Volkes Gelegenheit erhält.

Hearst ist durch seine vier New-Yorker Zeitungen (zwei englische, eine deutsche und eine in herabfälligen Lettern gedruckte), die täglich in weit über eine halbe Million Exemplaren gelesen werden und äußerst volkstümliche, wenn auch durchsichtig demagogische Leitartikel veröffentlichten, einen gewaltigen Einfluss auf die Arbeitermassen und das Kleinbürgertum aus. Aber nicht nur sie fallen auf Hearst's Anti-Trust-Kampfen herein, sondern auch die Demokraten von „Bildung und Besitz“, welche aus Angst vor dem Demagogen Hearst ins republikanische Lager übergehen und mit förmlichen nicht Hearst gehörigen heiligen Blättern zur Wahl des republikanischen Kandidaten auffordern. Er gerade dieses Witen der kapitalistischen Presse erweist bei den Arbeitern den Eindruck, daß Hearst der Volksfreund ist, für den er sich ausgiebt.

Unter diesen verzerrten Verhältnissen leidet natürlich die Agitationsarbeit der Sozialist Party (Sozialistische Partei) und die Verberkung der von ihr vertretenen Grundzüge. Trotz alledem ist Mühsicht vorhanden, daß die Partei die Schärfe der vor-jährigen Wählermeinung ausweicht, bei der Hearst ebenfalls kandidierte und die Hälfte der im Jahre 1904 abgegebenen Stimmen an sich zog, ja daß sie die früher abgegebenen Stimmen sogar mit der Möglichkeit, im nächsten Kongress ihren Kandidaten Hillquit zu erwählen und damit den ersten sozialistischen Vertreter ins Repräsentantenhaus zu schicken. Der Distrikt ist fast ausschließlich von Juden bewohnt, die in der Mehrzahl aus Ausland eingewandert sind und in den Schmelzhütten ein arbeitsloses Leben fristen. Hillquit selbst ist Jude. Der Wahlkampf in seinem Distrikt ist einseitig. Die großen Straßenver-sammlungen finden täglich statt, selbst in den jüdischen Theatern werden während der Pausen sozialistische Reden gehalten. Auch Maxin Gorki, der erst kürzlich Amerika verließ, beteiligte sich zu Gunsten Hillquit's am Wahlkampf, wie dies auch eine Vereinigung hiesiger Ärzte, Anwälte, Lehrer und Schriftsteller tat.

In den Staaten Illinois und Wisconsin geben sich die Genossen ebenfalls der Hoffnung hin, Repräsentanten erwählen zu können, wie überhaupt die Berichte aus dem ganzen Lande günstig lauten. Namentlich im Staate Colorado ist eine Stimmengruppe zu erwarten. Dort kandidiert Genosse William Raymond, der seit Monaten unter der Grundlosen Inhaftung, ein Wüterichhüter bei dem Attentat auf den Gouverneur Steunenberg zu sein, in Untersuchungshaft gehalten wird, für den Gouverneursposten.

Wenn uns die Wahlen nun auch die erhoffte Million Stimmen nicht bringen werden, so werden sie doch gewiß einen Schritt vorwärts bedeuten.

Politische Uebersicht.

Katholische Arbeiter- und Zentrumspolitik.

Zu ultramontanen Ulmer Vorfällen, findet sich unter der Heberschrift „Zuerung und kein Ende“ folgender Notiz:

Wie stehen gegenwärtig in einer Zeit, der die liberal hervortretende Zuerung ihren Stempel aufdrückt, Lebensmittel und Klempreise steigen gegenwärtig ganz gewaltig. Zwei Gegenstände sind es, die die größte Wertuerung erfahren haben: Fleisch und Mehl. Wenn irgend etwas Wertuerung in der Masse des Volkes erregt, ja erregen muß, so ist es ohne Zweifel die enorme Steigerung der Fleischpreise, die es bald keinem Arbeiter mehr ermöglicht, sich die unbedingt notwendige Fleischkost zu verschaffen. Rechnet man nach einem Aufschlag der sonstigen Nahrungsmittel seit dem Jahre 1904: Kartoffeln im Durchschnitt 20 Prozent, Butter 10 Prozent, so ergibt sich, daß die Arbeiterklasse heute einen 15 bis 20 Prozent höheren Geldbetrag für die notwendigen Nahrungsmittel ausgeben muß, als in den Jahren 1900 bis 1904. Neben der Steigerung der Fleischpreise tritt allenthalben eine Erhöhung der Mehlpreise in den letzten 4 Jahren sind in den Vororten Berlins in den letzten 4 Jahren die Mehlpreise um 12 bis 30 Prozent gestiegen. So wie die Verhältnisse für die Masse des Volkes bezüglich der Lebenshaltung heute sind, können sie nicht bleiben. Wie würde es aussehen, wenn nicht die Arbeiterschaft es zum großen Teil verstanden hätte, mit Hilfe ihrer Organisation die Einkommensverhältnisse zu verbessern. Die jetzige Zeit der Zuerung weist uns von neuem darauf hin. Darum Arbeiter, tretet ein in die christlichen Gewerkschaften.

Dieser Notiz charakterisiert zunächst die Stimmung, wie sie jetzt allenthalben in den Kreisen der vom Zentrum betrogenen katholischen Arbeiterschaft herrscht. Selbstverständlich kann der Eintritt in die christlichen Gewerkschaften hier nicht helfen, denn diese christlichen Gewerkschaften teilen mit dem Zentrum die Schuld an dem Verfall, dem die katholischen Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Die christlichen Gewerkschaften haben die agrarische Zentrumspolitik gefördert und unterstützt. Was nützen alle Lohnherabsetzungen, wenn dieselben durch politische Maßnahmen, beispielsweise durch

höhere Lebensmittelpreise insubiert werden? Der Kampf muß gegen die agrarische Politik, also vor allem auch gegen das Zentrum geführt werden. Arbeiter- und Zentrumspolitik sind Gegensätze, die sich nicht überbrücken lassen.

Badische Politik.

Ultramontane Doppelmoral.

Am Sonntag feierte der Karlsruher katholische Männerverein „Badenia“ im Stadthaus Wurlburg sein Sitzungsfest. Bei dieser Gelegenheit wurden zwei politische Reden gehalten und zwar vom Kaplan Nebel und vom Geistl. Rat Wader. Herr Nebel forderte zum Beitritt in die christlichen (soll heißen katholischen) Organisationen auf. Dabei führte er u. a. folgendes aus:

Was aber für den Arbeiter gilt, gilt auch für andere Stände, in denen der Kampf zwischen Glaube und Anglaube scharf hervortritt. Besonders gilt es auch für den Lehrstand. Unter allgemeiner, offener Zustimmung behandelte der Redner hierauf die neuesten Vorgänge in der badischen Lehrerschaft. Wäre der liberale Lehrerverein eine rein wirtschaftliche, unparteiische Vereinigung auf christlichem Boden, dann würde er so wenig, wie die christlichen Gewerkschaften jene ausschließen, die konfessionellen Vereinen angehören! (Sehr richtig!) Aber wie weit man hier schon gekommen sei, das lehre eine (auch vom Bad. Verb. gebrachte) Lehrerstimme in der sozialdemokratischen Volksstimme, welche die Lehrerschaft für die Sozialdemokratie reklamiere und nur von der Sozialdemokratie Heil erwarte für den zum Protestierender herabgedrückten Lehrer. (Heil!) Und dazu schweigt trotz mehrfachen Aufforderungen die liberale Lehrerschaft! (Heil! Heil!) Warten wir ab, was die Staatsbehörde dazu sagt! Wir können dazu nicht schweigen! (Stimmliche Zustimmung!) Man will den Kindern christlicher Eltern solches Lehrere in der Schule ihr heiligstes rauen und sie aufheben. Wir protestieren gegen solche Lehrer! (Stimmliche Beifall!) Wir fragen: Was kann solch ein Lehrer in die Simultanstufe, die doch katholische und protestantische Religionsunterricht gibt! (Stimmliche Beifall!) Ja es ist weit gekommen in dem badischen Staat. Katholische Kinder und Kinderhöfen werden peinlich kontrolliert, weil sozialdemokratische unter den Lehrern läßt man gewähren! (Heiße Zustimmung.) Das können wir nicht dulden. Der katholische Mann kann es verlangen, daß seine Kinder einwillen noch in christlichen Geist unterrichtet werden! (Dankende Zustimmung.) Der Wirklich sozialer Mitgefühl, den sich jener Lehrer gebe, die nicht nur der Zuerung und bekennend abfällig, was das Christentum getan seit jenen Wintern in die Welt. Redner sagt dies offen heraus: man möge ihn denanzugant nennen, wenn es beliebt; er fürchte diesen Vorwurf nicht.

Herr Nebel ist allerdings in den Zentrums, denn er denanzugte die Lehrer bei der Staatsbehörde, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Die „heiße Zustimmung“, die Herr Nebel für seine Denunziation bei seinen Zuhörern fand, ändert an der Tatsache, daß Herr Nebel ein Denunziant ist, nichts. Nach Herrn Nebel sprach Herr Wader. Die Rede liegt noch nicht in ihrem vollen Wortlaut vor, wir können deshalb vorerst davon absehen, uns darüber zu äußern. Zum Schluß wurde von der Versammlung folgende Resolution angenommen:

Die heutige Zentrumsversammlung im Dreiländersaal zu Karlsruhe-Mühlburg spricht ihre Entrüstung aus über die empörende Hebe der Groß-Industrie gegen den Abgeordneten Oberamtsrichter Witemann in Donaueschingen. Die Versammlung erkläre hierin in erster Linie die traurige Fortsetzung des Verfalls, das verfassungsmäßige Recht des auf dem Boden der Zentrumsparthei stehenden Teils der Beamten zu freier politischer Betätigung durch Einschüchterung und persönliche Verdächtigung einzuschränken. Die Versammlung wolle diese Hebe entschieden zurück und verurteilt den Abgeordneten Oberamtsrichter Witemann ihrer Hochachtung und Verehrung.

Wird erst denanzugte man die sozialdemokratische Partei bei der Staatsbehörde und fordert diese zum Einschreiten gegen die sozialdemokratische Partei, wenn sie von ihrem verfassungsmäßig gewährleisteten Recht der freien, politischen Betätigung ihrer sozialdemokratischen Mitglieder Gebrauch machen wollten, und dann protestiert man, mit Entrüstung natürlich, über den Versuch, das verfassungsmäßige Recht der politischen Betätigung der auf dem Boden der Zentrumsparthei stehenden Beamten einzuschränken. Die letztere Behauptung ist eine offenkundige Unwahrheit. Kein nichtultramontanes badisches Wort hat auch nur im entferntesten den Versuch gemacht, durch Einschüchterung oder persönliche Verdächtigung die freie politische Betätigung von Beamten, die der Zentrumsparthei angehören, einzuschränken. Diese politische Kampfesweise ist ein Privilegium des Zentrums und seiner Presse. Herr Nebel hat wenige Stimmen, bevor diese Resolution angenommen wurde, den Versuch gemacht, durch Einschüchterung und Denunziation das Recht der freien politischen Betätigung sozialdemokratischer Beamten nicht nur einzuschränken, sondern geradezu zu verbieten. Was den Oberamtsrichter Witemann betrifft, so ist und bleibt das, was gegen ihn geschrieben wurde, wahr. Herr Witemann hat eine sehr kompromittierende Rolle in der Kaiserstaffel gespielt. Es ist ein ebenso echtes als schändliches jesuitisches Manöver, wenn jetzt von Zentrumsseite die Sache so darzustellen versucht wird, als ob das, was gegen Herrn Witemann in der nicht-ultramontanen Presse geschrieben wurde, ein Versuch der

Beschränkung der freien Ausübung politischer Rechte sei. Niemand ist auch nur andeutungsweise in dieser Richtung etwas gegen Herrn Witemann während der Preßkampagne über die Kaiserstaffel geschrieben oder behauptet worden. Was in dieser Resolution steht, ist eine Erfindung zum Zweck der Täuschung über offenkundige nachweisbare Tatsachen. Die ganze Unehrlichkeit der Kampfesweise des Zentrums dokumentiert sich hier wieder einmal. Erst denanzugte man Beamte, die offen und ehrlich ihre politische Neberzeugung bekennen wollten, und dann entwirft man sich über angebliche Verbrechen, die von anderer Seite auf diesem Gebiete gemacht worden sein sollen, aber gar nicht gemacht wurden.

Und diese Sorte Politiker hat fort und fort Gott, den Himmel, das Kreuz und das Christentum im Munde, diemelt sie die Unwahrheit ver-lieben und die politische Ehrlichkeit mit Faustschlägen traktieren.

Wären sie ihren Witemann hochachten und verehren so lange sie wollen, darum beneidet sie niemand. Aber verlangen kann man, daß die Wahrheit nicht in so unehrlicher Weise malktiert wird, wie es hier geschehen ist.

Unterstellung der badischen Staatseisenbahnen unter das Finanzministerium.

Wie die Bad. Presse gestern zu berichten wußte, stehen einige wichtige Entscheidungen in der Organisation der obersten Staatsbehörden bevor. Insbesondere soll die obere Leitung des Baues und des Betriebes der Staatseisenbahnen, sowie die Oberaufsicht über die Privatbahnen aus der Kompetenz des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten ausgehoben und dem Finanzministerium übertragen werden.

Der Grund für diese bedeutsame, unter Umständen sehr folgenschwere Verenderung wird darin erblickt, daß, nachdem die Tarifreform auf absehbare Zeit in ihren Grundzügen erledigt sei, bedeutame Verhandlungen mit anderen Eisenbahnenverwaltungen und Regierungen künftig nicht mehr stattfinden. Dagegen wird von maßgebender Stelle geäußert, daß die Rentabilität unserer Staatseisenbahnen wenigstens insoweit gesteigert wird, daß Dotationen aus dem allgemeinen Staatshaushalt an die Eisenbahnschuldendienststelle überflüssig werden. Zu diesem Zweck ist man der Überzeugung, daß es sich empfehle, das Eisenbahnwesen dem Finanzministerium zu unterstellen. Herr Hansell, der neue Leiter des Finanzministeriums beabsichtigt zwar (1) die Beförderung der Eisenbahnbeamten und Arbeiter hinsichtlich ihrer Bezüge, ihrer Arbeits- und Ruhezeit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, dabei aber auch die Frage einer etwaigen allmählichen Beschränkung der Beamtenzahl gründlich zu erwägen. In der Generaldirektion wie in den Bezirksstellen sollen einige wichtige Personaländerungen, die sich schon seit einiger Zeit notwendig gemacht, namentlich bei den großen Bahnhöfen von der bisherigen „Großzügigkeit“ abgehen und die Anforderungen mehr dem „spärlichen Bedürfnis“ angepaßt werden. Unter strenger Beachtung des Etatsgesetzes will Herr Hansell auf die Verminderung von Kreditüberschreitungen hinarbeiten, aber dem Randing in der nächsten Session eine Rubelle zum Etatgesetz vorlegen, welche bezüglich der Budgetausstellung, der Kreditübertragungen und des Budgetausfalls der Eisenbahn Rechnung tragen soll.

Die Ernennung Hansells zum Finanzminister hat also eine viel tiefergehende Bedeutung, als zunächst angenommen wurde. Unsere badische Staatsbureaucratie hat sich mit ihrer samosen „Sparsamkeit“ und ihrer Bureaucratenvirtschaft im Eisenbahnwesen so gründlich festgesetzt, daß man nur noch durch eine „Mabifikation“ glaubt, aus dem Dilemma herauskommen zu können. In Herrn Hansell glaubt man den „harren Mann“ gefunden zu haben, welcher dem Schlenker der Bureaucratenvirtschaft, wie er namentlich im Eisenbahnbau sich herausgebildet hat, ein Ende machen kann. Wir werden morgen ausführlich auf das Programm des neuen Finanzministers zurückkommen.

„Christliche“ Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften sind in vielen Fällen, zumal dort, wo sie nicht aufkommen vermögen, weiter nichts als Streikbrecherorganisationen und ihre Führer Streikbrecheragenten. Als solcher hat sich in Mannheim auch ein gewisser Trummel beim Hafenarbeiterstreik geriert. Ein organisierter Hafenarbeiter hat nun diesen „christlichen“ Streikbrecheragenten nicht übel selbigenagt. Da Trummel fort und fort bemüht war, den kapitalistischen Streikbrecher zu liefern, erbot sich ein Genosse, ihm solche zur Verfügung zu stellen. Der „christliche“ Trummel beehrte sich, das günstige Angebot mit folgendem Begleitbrief zu akzeptieren:

Mannheim, 28. Oktober 1906.

Bester Kollege!

Deine Karte vom 10. d. M. erhalten, diene Dir zur Nachricht, daß sofort 5 Kollegen hierher zu mir kommen können. Es müssen dies aber militärisch freie, kräftige Arbeiter sein, denn die Arbeit ist eine ziemlich schwere. Die Kollegen müssen auch bei uns im Verbands sein oder sich ausnahmsweise lassen, andererseits bekommen sie keine Arbeit. Also beachte dieses alles und schicke uns gute Leute, nicht daß wir für die Muten arbeiten. Jeder Kollege muß ein Begleitfahrzeug mit dem Bahnschloß mitnehmen. Der Lohn beträgt in der ersten Woche M. 4.20 und beträgt M. 4.80 im Tag. Die Leute sollen sich direkt in meine Wohnung begeben. Gib mir gleich Antwort, ob das möglich ist. Gruß Trummel

Darauf wurde dem „Arbeiterführer“ Trummel mitgeteilt, daß fünf gediente Arbeiter abgeschickt wurden

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 6. November.

Glänzender Sieg!

Es ist glänzend, dieser Sieg, den die freien Gewerkschaften über die allerhöchsten Gewerkschaften errungen haben. Er kommt in glänzenden Ziffern zum Ausdruck: Es entfielen auf die freien Gewerkschaften 2181 Stimmen des christlichen Kartells 321

Die freien Gewerkschaften haben eine Zunahme von Stimmen um rund 900 zu verzeichnen; im Jahre 1904 entfielen auf unsere Liste 1200 Stimmen und im Jahre 1906 erhalten die frommen Gewerkschaften trotz strenger Agitation ganze 2181 Stimmen. Es half nichts, daß man die freien Gewerkschaften in der erbärmlichsten und niedrigsten Weise verächtlichte; es war umsonst, daß man zur Wahl schleppte, was aufzutreiben sich nur durch die Hilfe der Arbeiter in der Abendzeit und durch die Hilfe der freien Gewerkschaften im Wahllokal zurufen: Wir machen es auch wie in Bruchsal! Ja, gewiß, der gute Wille war da, aber die Kraft erlahmte, mußte erlassen, denn die freien Gewerkschaften von Karlsruhe sind in der Lage, mit solchen Leuten, die kein Interesse nehmen, als ihre religiösen Lieblingen in den Vordergrund zu drängen, ein solches Wortlein zu sprechen. Sie haben ihnen einen Denktettel gegeben, der sie höfentlich Künftig von weiteren Versuchen ähnlicher Art abhalten soll.

Die Wahlbeteiligung auf Seiten der freien Gewerkschaften war eine recht erfreuliche; im Wahllokal drängten sich die Wähler und die Arbeiter. Die freie Gewerkschaften von Karlsruhe (und die Arbeiter) durchdrangen in unaufhörlicher Weise das Wahllokal. Nach 6 Uhr war der Wahlkampf besonders stark, und es war eine weise Vorsicht, daß man an zwei Stellen wählen ließ, nämlich 9 Uhr war die Zählung beendet; wie die bekannten betriebliehen Kollegen zogen die Christlichen ab. Es war wieder einmal nichts. Die freien Gewerkschaften aber gaben in herzlichen Worten ihrer Freude über den gelungenen Sieg Ausdruck.

Und nun auf zur Gewerkschaftswahl!

Die frei — die christlich.

Wer die Wahl von fünf bis acht, Werten hat mit durchgemacht, von der Christlich ausgeschieden, ist wohl länger fest im Gedächtnis.

Werte ist der richtige Mann, Schreien welche dann und wann, Mägen, den müßt ihr wählen, Wollt ihr noch zu Christen zählen.

Jeder wird geküßt mit Felle, Mägen schimpft auf diesen Felle, Wollt ein jeder, was er braucht, In die Rocktasch hat getaucht.

Viel Spott mußten solche hören, Welche immerfort erklären, Wahrheit, Recht und seinen roten, Die den Wählern so was boten.

War der Fall einmal passiert, Daß um Felle es lief, Auf dem Boden lagen viel, Unter Sohl und Absatz.

Als das Resultat verlautet, Daß um Felle es lief, Auf dem Boden lagen viel, Unter Sohl und Absatz.

Die Partei der Stolz entwindet, Die das Spiel an groß betreibt, Mit dreihundert fünfzig Wählern.

Künftig gibt kein Geld mehr aus, Denn das Resultat hieraus, Keiner, daß die Religion Unmütig ist zur Agitation.

L. u. E.

Krankenkasse infolge Beschäftigungswechsels in die andere übergeht? Das badische Verwaltungsgericht, welches vor einiger Zeit diesen Fall zu entscheiden hatte, hat die zweite Krankenkasse, also diejenige, in welche der Arbeiter infolge des Wechsels in seiner Beschäftigung übertritt, für zahlungspflichtig erklärt. Zu diesem Ergebnis müßte man gelangen, wenn man bedenkt, daß nach dem, dem ganzen Krankenkassenversicherungsgesetz zugrunde liegenden Prinzip das Beschäftigungsverhältnis den Unterhaltungsanspruch begründet. Der Unterhaltungsanspruch gegen die durch das Beschäftigungsverhältnis bestimmte Krankenkasse tritt erst grundsätzlich, ganz einzeln, ob die beschäftigte Person zur Versicherung angemeldet ist oder nicht, ob für sie Beiträge bezahlt wurden oder nicht, ob ihre Mitgliedschaft bei der Kasse anerkannt ist oder bestritten wird.

Die Ansicht, daß diejenige Krankenkasse, welcher das erkrankte aber arbeitsfähige Mitglied zur Zeit des Wechsels seiner Erkrankung angehört, die Unterhaltungen weiter zu leisten hat, wenn das Mitglied während dieser Krankheit in ein Beschäftigungsverhältnis übertritt, für welches eine andere Kasse zuständig ist, würde nur dann richtig sein, wenn der Anspruch des Versicherten an seine Kasse etwa auf einem Versicherungsvertrage beruhen würde, was jedoch nicht der Fall ist. Es muß also an der entgegengekehrten Auffassung festgehalten werden, wonach die Unterhaltungsansprüche mit dem Aufhören des sozialen Tatbestandes, an den sie geknüpft sind, mit dem Aufhören des Beschäftigungsverhältnisses grundsätzlich gleichfalls untergehen. Eine Ausnahme von der Regel gilt bekanntlich nur für den Fall, daß eine versicherte Person während des Wechsels an Krankenkassen aus dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis ausscheidet, ohne ein neues Beschäftigungsverhältnis einzugehen.

In diesem Falle hätte die strenge Anwendung des sonst geltenden Grundgesetzes die Folge, daß der Versicherte der bisherigen Fürsorge verlustig geht, ohne gleichzeitig einen Ersatz zu erlangen. Es bestimmt daher der § 54a des Krankenversicherungsgesetzes, daß die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse während des Wechsels von Krankenkassenunterstützung fortzudauern. Mit der Einwirkung dieses Paragraphen in das Gesetz sollten indessen die Grundgesetze derselben nicht weiter als notwendig beeinträchtigt werden. Der § 54a kann daher von vornherein in denjenigen Fällen keine Anwendung finden, in denen der Krankenkassenunterstützung Beziehung in dem bisherigen Beschäftigungsverhältnis verbleibt; in diesem Falle dauert die Krankenkassenunterstützung fort nicht etwa aufgrund der Sonderbestimmung des § 54a, sondern gemäß der gesetzlichen Regel ausschließlich aufgrund der Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses. Andererseits wäre es unsatzhaft, die Geltung des § 54a auf die Fälle zu erstrecken, wo ein im Bezug der Krankenkassenunterstützung befindlicher Versicherte nach dem Ausscheiden aus dem bisherigen in ein neues Beschäftigungsverhältnis eintritt, etwa mit der Wirkung, daß eine Mitgliedschaft bei der durch das Beschäftigungsverhältnis bestimmten neuen Kasse infolange nicht begründet würde, als die Unterstufung durch die alte Kasse dauert.

Aus der Anwendung der das ganze Krankenversicherungsgesetz beherrschenden allgemeinen Grundgesetze ergibt sich eben, daß beim Übertritt eines bereits erkrankten Versicherten aus dem bisherigen in ein neues Beschäftigungsverhältnis die Verpflichtung der alten Krankenkasse mit dem Augenblicke aufhört, wo durch den Eintritt in das neue Beschäftigungsverhältnis die Unterhaltungsansprüche der neuen Kasse begründet wird.

Ueber den öffentlichen Unterricht der Hebammen hat das Ministerium des Innern neue Vorschriften erlassen. Danach werden in die Hebammenschulen nur solche Frauen und Mädchen aufgenommen, welche die erforderliche körperliche Tauglichkeit, sowie die nötige geistige Befähigung, insbesondere die Fertigkeit geläufigen Lesens und leserlichen Schreibens besitzen. Diese Fähigkeiten sind durch ein Zeugnis des Bezirksarztes nachzuweisen. Außerdem muß sie durch ein Zeugnis des Gemeindevorstandes und Pfarrers der Heimatgemeinde über einen unbescholtenen Lebenswandel sich auszuweisen. Sie müssen endlich ein Alter zwischen 18 und 30 Jahren haben. Bei beschränktem Raume zur Aufnahme in eine Schule haben Inländerinnen vor Ausländerinnen, und unter den erziehen wieder diejenigen den Vorzug, welche laut schriftlicher Erklärung des betreffenden Gemeindevorstandes auf Kosten einer Gemeinde als Hebamme unterrichtet werden sollen. Die Schüler müssen erhalten in der Regel Wohnung und Verpflegung in der Anzahl gegen Ersatz des Aufwandes, insofern dieser nicht durch Stiftungen gedeckt ist. Der Unterricht in jeder Anstalt dauert sechs Monate. Dessen Beginn ist vom Anstaltsvorstand im Benehmen mit dem Ministerium festzusetzen.

Der Unterricht ist in allen Anstalten des Landes nach dem vom Ministerium vorgeschriebenen Lehrbuch tunlichst vom Vorstand selber zu erteilen. Der Gebrauch eines anderen Lehrbuchs bedarf der Genehmigung. Die Übertragung der Unterrichtserteilung an einen stellvertretenden Arzt ist jeweils dem Ministerium anzuzeigen zu zählen, und nun kommen bereits ein paar Tausend „Dramen“ dazu. Man braucht nur den Insektenteil der Theaterzettel zu durchschielen, um auf diese Art und Weise zu gelangen, stehen aber schon mehrere fixe Arbeiter vor diesen Heftstärken und begehrten Einlass. Mägen der Ehre ist dem kaiserlichen Hauptmann zugeteilt worden. In der Glorie des einen ganzen Generalsstabs an Intelligenz und strategischem Genie überlegenen Felden wandelt er durch ein bis vierzig Geleitsposten, trag-tomische Schwänke und „Wegweiser“, bald als „Herr“, bald als „falscher“ Hauptmann benannt — immer aber ein „Schlager ersten Ranges und sensationelle Novität“!

In einem Falle hat sogar eine Dame bewiesen, daß die weibliche Schönheit der männlichen nichts nachgibt. Sie offeriert ihre selbstverständliche „falsche“ Hauptmann, für 6 Personen berechnet, „ein für allemal“ um 5 M. Ihre Konkurrenten sind anstandslos. Einmal werden für das „Buch mit Aufzählungsrecht“ für Städte unter 10 000 Einwohner 10 M., mit Rollen 12 50 M., verlangt; sonst aber ist der dramatische und „verlorne“ Hauptmann „nur gegen Nachnahme oder Vorweisung des Honorars von 20 M.“ zu haben. „Riesiger“ und „Bombenerfolg“ garantiert — und wahrheitsgemäß!

Die Wiener sind aber offenbar allen Theatern im Reich zuvorgekommen. Dort, im „Kolosseum“ in Wien ergibt nämlich der „Schäfer von Apenid“ oder „Ein Staatsstreich von Anno dazumal“ allabendlich stürmischen Heiterkeitserfolg. Ueber den Inhalt des Sensationsdramas verlaute folgendes: Ueber freigelegte Geheulen, der Prinz von Liberia, Aueham Schopita (ein gerade in diesen Tagen in Wien zu fünfzig Jahren jüngerer Kerles verurteilter Banknotenfälscher) und der „Schäfer von Apenid“ plündern den Thronsaal des Schloßes, finden hier alle Uniformen und benutzen die königliche Leibgarde dazu, das Ganze ins Verfall zu bringen. Dann besetzt das Mäuertrio das Schloß und entthront den König. Kurzerweise — und das erhöht den „Essel“ — wandelt der Hauptmann als weibliche „Hofenrolle“ über die Bretter. So eht man an der blauen Distanz der kaiserlichen Schulergesellen, der statt den Essel eines Ministers zu zieren, nunmehr im Justizhause über den Wandel des Erdengliedes nachzudenken gezwungen wird. Inzwischen scheinen die Theaterdirektoren und „Dichter“ softige Kiemen aus seiner Haut und lassen sich über defekten Stiebeln stützen.

Aus dem Reiche.

Canan, 5. Nov. Der Hauptmann von Apenid macht Schule. In der verflochtenen Nacht wurde hier ein junger Mann verhaftet, welcher die Kennzeichen eines 168. Infanterie-Regiments und Helmtrag. Dadurch, daß er einen Kavallerieädel umgeschmalt hatte, wurde man auf ihn aufmerksam. Er entpuppte sich als ein junger Tagelöhner. In verschiedenen Wirtshäusern wurde er für einen richtigen Offizier gehalten.

Leipzig, 3. Nov. Die hiesige Polizei verhaftete einen gefährlichen Hochapler, den Chemiker Wenge aus Leipzig, der hier, in Berlin und Hamburg zahlreiche Straftaten verübte. Er hatte von hier ein minderjähriges Mädchen nach Paris entführt. Das Mädchen wurde ihm dort abgenommen, worauf Wenge nach England flüchtete. Wenge ist schon vielfach mit Zuchthaus vorbestraft.

Hamburg, 5. Nov. An dem 54-jährigen Fräulein Verla Jart wurde von dem 30-jährigen Fischer Mand ein Hausmord verübt. Auf die Ergreifung des flüchtigen Raubmörders setzte die Polizei 500 M. Belohnung aus.

Vermischtes.

Ein Expressversuch in Newber. In der Vorstadt Willimboung verfuhr der Verkehr mittels einer

bringen. Dann besetzt das Mäuertrio das Schloß und entthront den König. Kurzerweise — und das erhöht den „Essel“ — wandelt der Hauptmann als weibliche „Hofenrolle“ über die Bretter. So eht man an der blauen Distanz der kaiserlichen Schulergesellen, der statt den Essel eines Ministers zu zieren, nunmehr im Justizhause über den Wandel des Erdengliedes nachzudenken gezwungen wird. Inzwischen scheinen die Theaterdirektoren und „Dichter“ softige Kiemen aus seiner Haut und lassen sich über defekten Stiebeln stützen.

Hauswirtschaft.

Die Behandlung der Petroleumlampen. Da erfahrungsgemäß durch die falsche Behandlung von Petroleumlampen sehr häufig Explosionen und Feuerbrünste entstehen, machen wir auf nachstehende Grundsätze, die bei dem Gebrauch von Petroleumlampen stets zu beachten sind, aufmerksam:

1. Die Petroleumlampe soll einen breiten und möglichst schweren Fuß haben, damit sie nicht umfallen kann.
2. Der Delbehälter soll aus Metall sein.
3. Der Zylinder soll gut passen und so aufgesetzt sein, daß die Luft nicht seitwärts zur Flamme kommen kann.
4. Der Brennungskopf soll fest aufsitzen.
5. Der Docht soll weich und nicht zu dicht sein, dabei seine Breite so groß sein, daß er leicht eingezogen werden kann.
6. Der Delbehälter ist vor dem Gebrauch der Lampe ganz zu füllen und zwar möglichst am Tage; beim Füllen darf eine brennende Lampe oder Licht nicht in der Nähe sein.
7. Die Lampe muß stets reingehalten werden.
8. Beim Auslösen soll der Docht bis in die Höhe des Brenners gedreht und dann über den Zylinder hinweg gelassen werden.

Letzte Post.

Ein „christlich-nationaler“ Arbeiterklub.

Essen, 5. Nov. Gestern Abend fand hier eine Konferenz von Delegierten der evangelischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen statt. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es u. a. heißt: „Die Konferenz hält eine planmäßige Propaganda für die arbeitsfähigen Gewerkschaften als zu den vornehmsten Aufgaben der professionellen Arbeitervereine gehörend und erachtet alle evangel. Arbeitervereine, die Aktion in weitgehendster Weise zu fördern und zu unterstützen.“ Die Vertreter der anwesenden Arbeitervereine sprechen die Erwartung aus, daß die sozialen Ausbildungsanstalten für den Bereich des Gesamtverbandes wie auch kleinere Kurse für die Provinzial- und Kreisverbände in Zukunft beibehalten werden.“ Anschließend an die Konferenz fand eine Sitzung des nationalen Arbeiterwahlkomitees statt, in der Sekretär Behrens mitteilte, daß der Ausschuss beabsichtigt sei, 1908 wenigstens 12 Arbeiter in den Reichstag zu bringen. Weiter sollten auch Arbeiter im Landtag vertreten sein.

Die Fleischnotaktion der Städte.

Berlin, 5. Nov. Der Vorstand des deutschen Städtetages beschloß die Abendung einer Eingabe an den Reichstag und Reichsrat, worin betont wird, daß die Voraussetzungen der Fleischnot nicht vorübergehend sein, nicht ungetroffen ist, dagegen die Befürchtung des Städtetages sich bestätigt hat, daß eine Minderung der Fleischpreise nicht eintreten werde. Unter Beibringung weiterer Materialien wird in der Eingabe die Forderung der Beachtung der vom Städtetag für notwendig anerkannten sanitären Maßnahmen und gleichzeitig einmündigens eine vorübergehende Aufhebung der Fleischzölle gefordert. Die Einberufung eines Städtetages wurde nicht beschlossen.

Seeräuberien.

London, 5. Nov. Der Daily Telegraph meldet aus Hongkong, daß chinesische Provinzen großes Unheil an der Küste der südlichen Provinzen Chinas anrichten. So wurde der englische Dampfer Rianan von Seeräubern überfallen und die Mannschaft fast überfüllt. Die Räuber erbeuteten etwa 200 000 Mark, worauf sie das Schiff beschädigten und hilflos auf hoher See verließen. Kurz darauf wurde der französische Dampfer Chanfof von den Seeräubern erbeutet und in den Grund gebohrt, nachdem alles ausgeplündert worden war. Die Seeräuber gerieten in ein Gefecht mit den Zollbeamten, wobei sie sich mit Gewehren verteidigten. Es gelang den Piraten, das Boot zu fuchen.

Die Hungersnot in China.

London, 5. November. Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Shanghai spielen sich in vielen Teilen des Hungersnot-Gebietes blutige Kämpfe ab. Hunderte von Nordboten ereignen sich allerorten, da die Bevölkerung sich auf solche Weise Nahrungsmittel verschaffen will. Auch die Zahl der Selbstmorde ist erschreckend groß.

Vereinsangelegenheiten.

Karlsruhe, (Sängerbund Vorwärts). Dienstag den 6. November, abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Hierzu ladet die vereinsfähigen Mitglieder freundlichst ein. Der Vorstand.

Bruchsal, (Gewerkschaftskartell). Mittwoch, 7. Nov., abends punkt halb 9 Uhr: Kartellversammlung. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 21. Der Vorstand.

Offenburg, (Gewerkschaftskartell). Dienstag, 6. November, abends punkt halb 9 Uhr, Sitzung. Hierzu sind sämtliche Delegierte und Gewerkschaftsmitglieder mit dem Erlaube von vollzähliges Erscheinen eingeladen. 4417. Der Vorstand.

Briefkasten des Arbeiterssekretariats.

Bureau: Kurvenstraße Nr. 10, II. Sprechstunden täglich, mit Ausnahme des Sonntags von mittags 12—1/2 Uhr, am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 5—8 Uhr.

A. W. Pfingst. Der Austritt aus der Landesliste wird am besten persönlich zu Protokoll bei dem Bezirksamt erklärt.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für Beiträge, Adressen u. Deutsche Politik, Ausland, Gemeindezeitung und Letzte Post: W. H. Kolb; für den gesamten übrigen Inhalt: A. W. Pfingst; für die Inserate: A. Biegler, Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund G. d. U. C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angelegten Bücher und Zeitschriften sind durch die Buchhandlung des Volksfreund zu beziehen.)

Neue Zeit (5. Heft). F. A. Sorge. — Die reichliche Wahlrechtsbewegung und das Reich. — Von Therese Schlegel-Köcher. — Der Affe als Erzieher. Von Ludwig Diesel. — Die Arbeitsleistung beim Steinlohlenbergbau in Preußen. Von W. Dübel. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Eumov. (Fortsetzung.) — Zur Kritik gegenüber den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen. Von S. M. — Literarische Rundschau.

Die Sozialistischen Monatshefte haben soeben das Novemberheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Dr. Eduard David: Die Bedeutung von Mannheim. — Dr. Leonida Wisslitz: Die Entscheidung in Rom. — Eduard Bernheim: Das Bezugsverhältnisideal und die Gewerkschaften. — Emil Böhm, Vorsitzender des deutschen Buchdruckerverbandes: Der Sturm auf gegen die Tarifgemeinschaften. — Max Schippel: Hohenlohe's Denkwürdigkeiten. — Gustav Heintze: Zur rechtsgeschichtlichen Regelung des Submissionswesens. — Max Hirsch: Frauen und jugendliche Arbeiter im deutschen Bergbau.

Spielplan des Großtheaters.

Dienstag, 6. Nov. Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang halb 7 Uhr, Ende gegen halb 11 Uhr.

Mittwoch, 7. Nov. Die deutschen Kleinstädter, Lustspiel in 4 Akten von Kogebue. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

kleines feuilleton.

Der Hauptmann von Apenid — auf der Bühne. Das ist ein Heer von Couplet- und Schauerballaden, „Hinterdreppromanfabrikanten und sonstigen Schmugglern auf die kaiserlichen Tragikomödie werfen werden, was voranzuführen. Solch ein brillanter Stoff „aus dem Leben“ übertrumpft die größte Phantasie und Kombinationssgabe. Es ist alles da, was jeden Ungläubigen und Zweifel schweigen läßt. Schon sind die Parodie, Verflüchtungen usw. in Vers und Prosa nicht mehr

zu zählen, und nun kommen bereits ein paar Tausend „Dramen“ dazu. Man braucht nur den Insektenteil der Theaterzettel zu durchschielen, um auf diese Art und Weise zu gelangen, stehen aber schon mehrere fixe Arbeiter vor diesen Heftstärken und begehrten Einlass. Mägen der Ehre ist dem kaiserlichen Hauptmann zugeteilt worden. In der Glorie des einen ganzen Generalsstabs an Intelligenz und strategischem Genie überlegenen Felden wandelt er durch ein bis vierzig Geleitsposten, trag-tomische Schwänke und „Wegweiser“, bald als „Herr“, bald als „falscher“ Hauptmann benannt — immer aber ein „Schlager ersten Ranges und sensationelle Novität“!

